

# Hauptaufgabe: Militarismus überwinden

Nochmals zum Thema: Einheit der deutschen Wissenschaft — Von Genossen Peter Hartmann, Dipl.-Lehrer am Institut für Marxismus-Leninismus

Angeregt durch den Artikel „Über Probleme der sozialistischen Erziehung“ (UZ Nr. 4/1962) möchte ich einige Gedanken zur Einheit der deutschen Wissenschaft darlegen. Durch meine Praxis als Seminarleiter weiß ich, daß es Studenten gibt, die in dieser Frage Unklarheiten haben. Solche Unklarheiten gibt es sicher auch bei einigen Angehörigen des wissenschaftlichen Nachwuchses und bei Hochschullehrern.

Es ist zu wenig bekannt, unter welchen politischen und historischen Aspekten das Schlagwort von der „Einheit deutscher Wissenschaft bzw. Technik“ in den Vordergrund trat. Hinter ihm verbergen sich objektiv illusorische, unwissenschaftliche Anschauungen. Es ist dies besonders die Vorstellung, daß es trotz der tiefgreifenden Unterschiedlichkeit zwischen der DDR und dem monopolkapitalistischen Bonner Staat eine Einheit der Technik gäbe. Den politischen Repräsentanten der reaktionärsten Monopolvereinigungen, wie Adenauer, Strauß, Schröder u. a., sind solche Auffassungen unter Teilen der Intelligenz, besonders Westdeutschlands, sehr genehm. Sie fürchten politische Klarheit und die fortschrittliche Stellungnahme der Intelligenz zu den Problemen unserer Zeit.

Der Begriff „Einheit der deutschen Wissenschaft bzw. Technik“ führt zur

Lösung der wissenschaftlich-technischen Probleme von den sozialen Grundfragen, von den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen. Diesem Begriff zustimmen hieße, die Technik, die Wissenschaft als eine „reine“, klassenindifferente Erscheinung zu betrachten und zu bewerten. Wer dieses Schlagwort gebraucht, vergißt — gewollt oder ungewollt — die Tatsache, daß in allen Gesellschaftsformationen die Wissenschaft und Technik in erster Linie den herrschenden Klassen dient und die Intelligenz als eine Zwischenschicht objektiv einem Auftraggeber in Gestalt einer bestimmten Klasse hat.

## Wissenschaft für wen?

Was ist das also für eine Einheit, wenn die Wissenschaft und Technik im imperialistischen Westdeutschland zur Vorbereitung von Eroberungskriegen

mißbraucht wird? In der DDR jedoch, unter den Bedingungen des Volkseigentums an Produktionsmitteln, wird Wissenschaft und Technik zum Wohle des Menschen angewandt. Die 21. Tagung der Volkskammer kennzeichnete diese Linie mit dem Gesetz zur friedlichen Nutzung der Atomenergie in der DDR. Wie grundsätzlich verschieden sind doch die Auswirkungen technisch-wissenschaftlicher Neuerungen im Kapitalismus (kapitalistische Rationalisierung und Automation vergrößert Arbeitslosenheer bzw. führt zu größerer Ausbeutung der Werktätigen) und im Sozialismus, wo der technisch-wissenschaftliche Fortschritt die Lebensbedingungen der Menschen ausschließlich verbessert.

In der Zeit des Hitlerfaschismus wurde die Forderung nach der Einheit der deutschen Wissenschaft im Interesse der stärksten Monopolvereinigungen ganz besonders propagiert. Der zur Macht gelangte Faschismus als „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ (Dimitroff) war der Handlanger für die Thyssen und Co. Die reaktionärsten Gruppen des Finanzkapitals versuchten, die Wissenschaft aller Bereiche unter dem Deckmantel der „Einheit der deutschen Wissenschaft“ zentral für die Aufrüstung und die allgemeine Kriegsvorbereitung einzuspannen. Auf diese Weise sicherten sich die Rüstungsmonopole das Monopol über die Wissenschaft und ihre Ergebnisse. Genosse Professor Hager erwähnt, daß zur Verteidigung des Arguments Einheit der deutschen Wissenschaft simpel gefragt wird: „Gibt es zwei Arten Chemie?“ Darauf ist nur zu antworten: ja, auch wenn H<sub>2</sub>O überall Symbol für Wasser ist. Es gibt die Chemie des imperialistischen IG-Farben-Konzerns, mit dessen Giftgas Millionen gemeuchelt wurden, und es gibt die sozialistische Chemie, die den Werktätigen Brot, Schönheit und Wohlstand bringt.

## Walter Lehmanns „Weisheit“

In der Industrie vollzog sich diese Entwicklung unter der Losung: „Einheit der deutschen Technik“. In der Technischen Fachzeitschrift für Maschinenbau, Metallbearbeitung, „Energie“, Heft 6, 1936, zum Beispiel „begründete“ der Nazihauptredakteur Walter Lehmann

die Einbeziehung der Techniker in die Naziaufrüstung wie folgt: „Selbstverständlich mußte auch nach dem Umbruch (Hitlers Machtantritt — d. Verf.) genau wie in politischer Beziehung eine einheitliche Ausrichtung der Technik erfolgen, die durch den Zusammenschluß der technischen Verbände im Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik (NSBDT),... erreicht wurde.“ Die Einwirkung des NSBDT zeigte sich besonders im Verein Deutscher Ingenieure, Verein Deutscher Elektrotechniker, Verein Deutscher Heizungstechniker, Verein der Kälte-techniker und in anderen technischen Vereinen. Unter dem Vorwand, die Einheit der deutschen Technik herzustellen, schloß die NSDAP diese Vereine zusammen und schuf damit der faschistischen Staatsführung die Möglichkeit, ... der Technik Aufgaben von ungeheurem Ausmaß und von größter Wichtigkeit zu übertragen, d. h. die Kriegsvorbereitung gigantisch anzukurbeln.

Diese mehr oder weniger gegen den Widerstand der verschiedenen Branchen und der in ihnen arbeitenden Wissenschaftler bewerkstelligte „Einheit“ erforderte, wie derselbe W. Lehmann schrieb, ... daß entweder die Ingenieure und Facharbeiter erheblich umlernen müssen, oder daß der Betrieb den ehrlichen Kampf ums Dasein mit Aussicht auf Erfolg nicht mehr führen kann“. Die faschistische Staatsführung zwang damit im Auftrage der Konzerngewaltigen den Wissenschaftlern und den kleinen und mittleren Unternehmen eine zentralisierte Kriegsproduktion auf oder ließ sie im Konkurrenzkampf (bei Lehmann „ehrlischer Kampf ums Dasein“) untergehen.

## Echte Einheit nur im Sozialismus

Wir negieren keineswegs die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern verschiedener Bereiche. Im Gegenteil, wir führen solche Bestrebungen, wie sie uns zum Beispiel in Gestalt sozialistischer Arbeitsgemeinschaften bekannt sind. Eine echte Einheit der Wissenschaft bzw. Technik gibt es jedoch nur unter sozialistischen Bedingungen, niemals im Kapitalismus.

Ob in der Nazizeit oder in Westdeutschland, immer zeigt sich: Im Kapitalismus besteht für sich eine echte Zusammenarbeit eine unüberwindliche

Barriere kapitalistischen Profitstrebens. Gerade in der Gegenwart bieten die USA mit ihrer Unzahl möglicher Raketenversuche ein Beispiel dafür, wie die Monopole aus Profitgier die Arbeit der Wissenschaftler erschweren. Geheimniskrämerie, unzureichender wissenschaftlicher Erfahrungsaustausch, die von den Monopolen inspirierte Rivalität zwischen Marine und Luftwaffe sind u. a. solche Erscheinungen, die hier die Zusammenarbeit der Wissenschaft nur relativ wirksam werden lassen. Dagegen bieten die UdSSR und alle sozialistischen Länder sogar auf internationaler Ebene das Beispiel für eine wirksame Zusammenarbeit. Die UdSSR demonstriert eine echte Einheit der Wissenschaft bzw. Technik auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln, wo keine kapitalistische Profitgier solche Bestrebungen illusorisch machen.

Unter den Bedingungen des gespaltenen Deutschlands ist es darum unrichtig, schlechtweg von einer einheitlichen deutschen Wissenschaft zu sprechen. Mit dem Atomphysiker Pasquell Jordan zum Beispiel, der seine Forschung in den Dienst der menschenfeindlichen und antideutschen Straußschen Konzeption „lieber tot als rot“ stellt, gibt es keine annehmbare Basis.

In einem Seminar meinte ein Student, daß er einen Austausch wissenschaftlicher Ergebnisse mit Jordan für möglich halte. Welche Illusion! Der Antihumanist Jordan wird nicht mit deutschen Wissenschaftlern zusammenarbeiten, die sich zum sozialistischen Humanismus, zur DDR bekennen.

Die Voraussetzung für eine Einheit ist aber, daß die Wissenschaftler und Techniker die Wissenschaft nicht als indifferent oder als Privileg der Monopolbourgeoisie betrachten, sondern von der Position des Humanismus und der nationalen deutschen Interessen die Wissenschaft anwenden und ihren Mißbrauch gegen die Volksmassen verhindern. Es gibt also nur eine Einheit deutscher Wissenschaftler auf dem Boden des Humanismus und des sozialen Fortschritts. Seine Krönung wird dieses Streben nach Einheit der Wissenschaft und Technik in Deutschland somit erst durch die Überwindung der antinationalen, militaristisch-imperialistischen Kräfte Westdeutschlands finden.

## Das Wichtigste nicht vergessen

Von Dipl.-Wirtschaftler Max Lang, Mitarbeiter des Bevollmächtigten der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle im Bezirk Dresden

Anlaß zu diesem Beitrag ist ein längerer Artikel, den Dipl.-Ing. Gerhard Bauer und Dipl.-Ing. Wolfgang Ebigt von der Technischen Universität Dresden in Nr. 2/62 der Zeitschrift „Materialwirtschaft“ veröffentlichten. Mit diesem Artikel bin ich nicht völlig einverstanden, weil das darin behandelte volkswirtschaftliche Problem nur von der technischen und technologischen Seite dargestellt wird, während auf die unlösbar damit verbundenen ideologischen Fragen überhaupt nicht eingegangen wird. Die beiden Verfasser schreiben einleitend:

„In einer Reihe von Presseartikeln sowie in Beschwerden an die Staatliche Kontrolle und das Vertragsgericht beklagten sich die Stahlverbraucher darüber, daß die frist- und qualitätsgerechte Materialversorgung durch den Metallhandel vor allem auf Grund seiner völlig unbefriedigenden Lagerverhältnisse nicht gewährleistet sei. Dieser Zustand war Anlaß für die Bildung einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft, die sich aus Vertretern der Staatlichen Kontrolle, des Staatlichen Vertragsgerichts, des Metallkontors und seiner Großhandelsbetriebe sowie zweier Institute der Technischen Universität Dresden zusammensetzte. Diese Arbeitsgemeinschaft stellte sich die Aufgabe, wirksame Vorschläge für die Verbesserung der Arbeit des Metallhandels und insbesondere seiner Lagerwirtschaft zu erarbeiten. Ihre Bemühungen wurden durch Studenten unterstützt, die über diese Problematik ihre Abschlussarbeiten schrieben. In diesen Arbeiten wurden Vorschläge unterbreitet, die später den Ausgangspunkt für viele praktische Veränderungen bildeten.“ (Dipl.-Ing. Gerhard Bauer und Dipl.-Ing. Wolfgang Ebigt, Technische Universität Dresden, „Vorschläge für eine rationelle Lagerwirtschaft im Metallhandel“ Zeitschrift „Materialwirtschaft“ Nr. 2/1962, S. 10/11.)

Die Vorschläge und Veränderungen werden anschließend von Bauer und Ebigt auf drei Druckseiten umfassend dargelegt.

## Keine ideologischen Auseinandersetzungen?

Aber — und hierin besteht mein Einwand gegen den Artikel — die durchgeführten positiven Veränderungen und Vorschläge werden im wesentlichen nur als technisches und technologisches Problem behandelt, ohne daß auf die gesellschaftlichen Konflikte eingegangen wird, die dabei auftauchen und mit denen man sich auseinandersetzen mußte. (Obwohl schon einige Zeit zurückliegend, sind die behandelten Probleme von großer Aktualität.)

Die Staatskontrolle hatte das Institut für Fördertechnik und Baumaschinen sowie das Institut für Betriebswissenschaften und Normung der Technischen Universität gebeten, sich der Probleme des Produktionsmittelgroßhandels anzunehmen, weil ideologische Unklarheiten die Funktionäre des Metallhandels gehindert hatten, die Technische Universität in eigener Sache selbst um Unterstützung zu bitten. Die ideologischen Unklarheiten drückten sich besonders darin aus, daß die Wissenschaft von diesen Funktionären unterschätzt wurde und sie deshalb auch keine wissenschaftlichen Lösungen bei der sozialistischen Rekonstruktion, bei der Überwindung der akuten Schwierigkeiten, bei der Erweiterung der Lagerkapazität sowie der Anwendung modernster Technik und Technologie anstrebten. Sie hatten sich von falschen Vorstellungen leiten lassen, die auch heute noch bei anderen Wirtschaftsfunktionären anzutreffen sind und die Walter Ulbricht auf dem 14. Plenum des ZK der SED wie folgt zurückweist:

„Die materiell-technische Basis des Sozialismus kann nicht durch eine einfache Vermehrung der Produktionskapazität auf dem alten Niveau geschaffen werden, sondern nur durch die Anwendung modernster Technik und des höchsten Niveaus in der Organisation der Produktion.“ (XXII. Parteitag der KPD/SED und die Aufgaben in der DDR. Dietz Verlag 1961.)

Hervorzuheben ist die vorbehaltlose Bereitschaft von Professor Dr.-Ing. Kienast

und Professor Dr.-Ing. Koloc, der Bitte der Staatskontrolle nachzukommen, dem Metallhandel bei der Überwindung der Schwierigkeiten und bei wissenschaftlichen Lösungen der sozialistischen Rekonstruktion zu helfen.

Aber selbst an der Technischen Universität mußten erst einige ideologische Hürden genommen werden. Einer der jungen Diplomingenieure erklärte, wegen zu vieler anderer Aufgaben sei es unmöglich, daß vom Institut für Fördertechnik und Baumaschinen die Probleme des Metallgroßhandels mit bearbeitet werden könnten.

Professor Kienast erteilte in meiner Gegenwart diesem jungen Diplomingenieur gewissermaßen eine „Sonderlektion“, die es in sich hatte. Der Leitgedanke dabei war:

## „Unmöglich“ gibt es nicht

Für einen Wissenschaftler darf es in solchen Situationen das Wort unmöglich überhaupt nicht geben! Es komme vielmehr darauf an, Wege zu finden, wie solche Probleme gelöst werden können. Dieser Weg wurde auch gefunden. Mit Hilfe von Beleg- und Diplomarbeiten wurden für den Metallgroßhandel wissenschaftliche Lösungsvorschläge erarbeitet, die zum Teil bereits realisiert sind. Dies geschah in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit, deren Hauptanteil von der Technischen Universität getragen wurde. (Besonders hervorzuheben ist die Mitarbeit von Dipl.-Ing. Heinz Hunger vom Institut für Fördertechnik und Baumaschinen und Dipl.-Ing. Gerhard Bauer vom Institut für Betriebswissenschaften und Normung sowie der damaligen Studenten und heutigen Diplomingenieure Wolfgang Ebigt und Bruno Rodewald.)

Einen sehr großen Eindruck machte es auf die Arbeiter des größten Dresdner Stahllagers, als Professor Dr.-Ing. Kienast mit Studenten des letzten Studienjahres seiner Fachrichtung eine Besichtigung des Lagers zu einem Zeitpunkt durchführte, als dort das größte Durcheinander bestand und er mit den Arbeitern und Studenten über die notwendige Rekonstruktion des Lagers diskutierte.

Die Professoren, Assistenten und Studenten der Technischen Universität vermittelten den Handelsfunktionären und Lagerarbeitern die gewaltige Bedeutung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für den Sieg des Sozialismus im Prozeß der Klärung ihrer eigenen Probleme. Durch die ideologischen Auseinandersetzungen, die auch im Rahmen der erwählten sozialistischen Arbeitsgemeinschaft stattfanden, wurde mit der Ausarbeitung wissenschaftlich fundierter technischer und technologischer Lösungen zugleich ein neues, engeres Verhältnis der beteiligten Handelsfunktionäre und Lagerarbeiter zur Wissenschaft geschaffen; d. h., die Ideologie wurde entscheidend verändert!

Da die beiden Verfasser des in der „Materialwirtschaft“ veröffentlichten Artikels auf diese ideologische Seite überhaupt nicht eingegangen sind, wird den Lesern dieser Fachzeitschrift ein entscheidender Teil der wirklichen Problematik vorenthalten. Diese einseitige Darstellung läuft letzten Endes auf eine Trennung der Ideologie von der Technik hinaus.

Da im Leben unserer sozialistischen Gesellschaft die Entwicklung der modernen Technik und Technologie, die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unlösbar mit der Ideologie verbunden sind, darf auch bei solchen Artikeln, wie von Bauer und Ebigt in der „Materialwirtschaft“ veröffentlicht, keine künstliche Trennung, d. h. unsulässige Vereinfachung vorgenommen werden.



Von den 90 Komsomolen, die anlässlich des 14. Jahrestages der FDJ in unserem Bezirk weiten, besuchte eine Gruppe des Forschungsinstituts von Nationalpreisträger Professor Manfred von Ardenne. Gespannt folgten die Freunde den Ausführungen des weltbekannten Wissenschaftlers. Genosse Fröhjof Genz vom Institut für Organische Chemie (l. von links) sorgte als Dolmetscher für eine gute Übersetzung.

## Gemeinsam planen und bauen

Auf der Großkundgebung am 13. Februar verkündete Genosse Krollkowski den Plan zum Aufbau des erweiterten Zentrums von Dresden. Damit begann praktisch ein neuer Abschnitt im Aufbauwerk von Dresden überhaupt. Kennzeichen dieses Abschnittes ist, daß allen von Genossen Krollkowski genannten beschlossenen Maßnahmen gründliche Beratungen mit den Wissenschaftlern, besonders auch der Fakultät für Bauwesen, vorangingen.

Der Anteil der Wissenschaftler an diesen Beschlüssen zeigt, daß die von unserer Partei erkannte Notwendigkeit, den Wissenschaftlern größere Verantwortung bei der Lösung unserer staatlichen Aufgaben zu übertragen, konsequent in der Praxis verwirklicht wird. Dabei war das Verhältnis und die Zusammenarbeit zwischen der Fakultät und der Stadt Dresden in der Vergangenheit oft keineswegs so, daß man es als ein Musterbeispiel der Verbindung von Wissenschaft und staatlichen Organen hätte anführen können. Das heute bestehende engere Verhältnis von Partei und Wissenschaftlern konnte nicht ohne Auseinandersetzungen und Beseitigung von Hindernissen erreicht werden.

Man kann sagen, daß von Genossen

der Fakultät ein jahrelanger Kampf zur Verbesserung dieses Verhältnisses geführt wurde.

Es ist vor allem dem persönlichen Eintreten der Genossen der Bezirks- und Stadtleitung und besonders dem Genossen Krollkowski zu verdanken, daß solche trennende Auffassungen endgültig überwunden werden konnten.

Als Ergebnis der Zusammenarbeit wurden solche wichtigen Fragen gelöst bzw. einer Lösung nähergebracht, wie der Entwurf eines Hauses der sozialistischen „Kultur“, die Generalverkehrsplanung, die allgemeine städtebauliche Konzeption des Bereichs Altmarkt — Prager Straße. Die Tatsache, daß für das Haus der sozialistischen Kultur jetzt der Vorschlag von Professor Wiel Grundlage der weiteren Projektierung ist und daß die Verkehrsplanung auf der Grundlage der Vorschläge von den Professoren Funk und Christfreund erfolgt, zeigt, welcher Stand der Mitarbeit bereits erreicht wurde.

Die in der letzten Zeit stattgefundenen Versammlungen, Kolloquien und Ausprachen zwischen der Bevölkerung, den Abgeordneten und den beteiligten Wissenschaftlern haben dem Gespräch, das um den Plan zur Entwicklung Dres-

dens zu einer sozialistischen Großstadt geführt wird, neuen Inhalt gegeben.

Nach meiner Meinung sollte die Diskussion hierüber jedoch nicht nur geführt werden, wenn bestimmte fertige Ergebnisse vorliegen. Wichtiger erscheint mir, daß die Bevölkerung auch mit den auftretenden Problemen vertraut gemacht wird, und zwar so früh, daß ihre Vorschläge stärker in das Ergebnis der Arbeiten einfließen können.

In dem jüngsten Interview Walter Ulbrichts brachte er zum Ausdruck, daß es nicht Aufgabe der Partei ist, alle Aufgaben selbst zu übernehmen. Das trägt bekanntlich nicht dazu bei, bei den Parteigenossen das so notwendige Bewußtsein des Mitdenkens und Mithaltens und damit auch der eigenen Verantwortung zu stärken. Ähnliches gilt auch für die Diskussion um die Gestaltung der Stadt. Wir können nicht erwarten, daß wir von allein und im breiten Maße Vorschläge erhalten, wenn wir nur über erreichte Ergebnisse berichten, ohne auch die in jeder Phase auftretenden offenen Fragen darzulegen und von der Bevölkerung beraten zu lassen.

Das beweist das natürliche Interesse der Menschen an der Gestalt ihrer Stadt. Dipl.-Ing. Kurt Müllde